

FDP
Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

FDP Frauen Sessionsbericht	2 7	Nachruf Pankraz Freitag ENHK-Gutachten	8 9	Sicherheitspolitik Einheitskasse	14 15	Unter Freisinnigen Abstimmungen	16 17/18/19/20/21
-------------------------------	--------	---	--------	-------------------------------------	----------	------------------------------------	----------------------

35. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

Inhalt

Eine gemässigte Erhöhung ist angebracht

100 Franken pro Jahr für die Benutzung der Nationalstrassen. Die Delegierten der FDP stimmten der Erhöhung des Vignetten-Preises zu. Rund 387 Kilometer können dank der Erhöhung neu ins Nationalstrassennetz aufgenommen und somit aufgewertet werden. Die über die Erhöhung generierten Gelder sind dringend nötig, um Engpässe zu beseitigen.

Seite 17

Kein sozialistisches Lohndiktat

Weniger für alle – das wird das Ergebnis sein, sollte das Stimmvolk Ende November die schädliche 1:12-Initiative annehmen. Nationalrat Ruedi Noser erklärt im «Schweizer Freisinn» die gefährlichen Folgen und zeigt auf, warum die Schweiz ein solche strikte Regelung nicht braucht.

Seite 19

Kein Bruch mit dem bewährten Steuersystem

Ein Steuerabzug ist in der Schweiz nur möglich, wenn ein entsprechender Lohn erarbeitet wird und für die Erwerbstätigkeit gewisse Ausgaben anfallen. Mit diesem bewährten System will die SVP-Familieninitiative brechen. Im «Schweizer Freisinn» zeigt Nationalrat Peter Schilliger die Fehler der Initiative auf.

Seiten 20 und 21

Mit Innovationskraft zur Weltspitze

Wer behauptet, die Schweiz verfüge über wenig Rohstoffe, tut ihr Unrecht. Vielleicht fehlen Kohle, Öl oder Gas, doch unser Land hat einen Rohstoff, der uns regelmässig an die Spitze der Welt bringt. Denn wir sind der weltweit führende Innovationsstandort. Ein Umstand, der unserem Land Wohlstand und damit Arbeitsplätze garantiert.

Noch gilt die Schweiz als das innovativste Land der Welt. Noch, denn andere Länder drängen nach. Mit über 50 Technologieparks schafft beispielsweise China hervorragende Voraussetzungen für das Zusammenspiel von internationalen Unternehmen und Universitäten. Das Reich der Mitte befindet sich auf dem «Global Innovation Index» bereits heute vor Ländern wie Spanien oder Polen.

Richtige Rahmenbedingungen

Damit die Schweiz weiterhin DER Innovationsstandort der Welt bleibt, müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden. Die FDP hat dies erkannt und stellt darum zwölf konkrete Forderungen an die Politik. Nur unter den richtigen Rahmenbedingungen können Innovationen entste-



Damit ähnlich wegweisende Erfindungen wie Edisons Glühbirne auch weiterhin in der Schweiz möglich sind, braucht es die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Die FDP wird sie schaffen.

hen, nur mit den entsprechenden Mitteln generieren wir ein forschungsfreundliches Umfeld.

Innovationspark schnell realisieren

Seit Jahren wird nun schon über die Realisierung eines Innovationsparks debattiert. Die FDP fordert nun seine schnelle Realisierung. Welchen Nutzen ein Innovationspark haben kann, beweist ein Blick nach China: In über 50 Technologieparks arbeiten dort Universitäten und Unternehmen eng verknüpft und erfolgreich zusammen. Wie sehr diese enge Verbundenheit geschätzt wird, zeigt die hohe Zahl an internationalen Unternehmen, welche sich in den Parks angesiedelt haben.

Abstimmung vom 24. November 2013

Parolenfassung der *FDP.Die Liberalen Frauen*

Ein zweifaches Nein und dazu ein Ja zur Autobahnvignette empfehlen die FDP Frauen der Stimmbevölkerung am 24. November in die Urne zu legen. Die sogenannte «Familien»-Initiative ist für die FDP Frauen dabei besonders störend, denn sie untergräbt die Bemühungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin
FDP.Die Liberalen Frauen

An ihrer Präsidentinnenkonferenz vom 8. Oktober 2013 fassten die *FDP.Die Liberalen Frauen* die Parolen für die kommenden Abstimmungen vom 24. November 2013.

Die FDP Frauen lehnen die SVP-«Familien»-Initiative ab. Heute wird der Entscheid der Eltern, ob sie ihre Kinder selber betreuen oder fremd betreuen lassen, nicht durch das Steuerrecht beeinflusst. Das soll auch so bleiben. Die SVP-Familieninitiative

ist ein steuertechnischer Unsinn und systemfremd. Das wäre ja genau so, wie wenn man bei seiner Steuererklärung ein Generalabonnement abziehen könnte, ohne dass wirklich eines gekauft wurde, also ohne effektive Auslagen. Weiter würden mit der Einführung des Pauschalabzuges für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, geschätzte Steuerausfälle von jährlich 1,4 Milliarden anfallen. Zum Vergleich: Heute betragen bei der direkten Bundessteuer die Steuerausfälle aufgrund des Fremdbetreuungsabzuges rund 60 Millionen Schweizer Franken.

Nein zur 1:12-Initiative

Die *FDP.Die Liberalen Frauen* stehen für innovatives Unternehmertum, Fairness und Lohngerechtigkeit ein. Darum wehren wir uns gegen ein staatliches Lohndiktat und sagen klar Nein zur Juso-Initiative 1:12. Denn unser Erfolg basiert auf den liberalen Grundsätzen unseres Landes. Und genau diese werden mit der Juso-Initiative angegriffen. Die Annahme der Initiative führt zu massiven Ausfällen bei den Steuern und Sozialversicherungen. Einmal mehr muss die Mittelschicht dafür geradestehen und wird mit höheren Steuern und Beiträgen belastet.

Ja zur Vignetten-Vorlage

Die *FDP.Die Liberalen Frauen* sehen in der Vignetten-Vorlage einen wichtigen Baustein für die Verbesserung des Schweizer Strassenverkehrs. Die Erweiterung des Nationalstrassennetzes wird zu einer Verflüssigung des Verkehrs und zu mehr Sicherheit auf den Strassen führen. Die Vorlage leistet auch einen Beitrag zum nationalen Zusammenhalt, indem die Randregionen besser mit den Bevölkerungszentren verknüpft werden. So sollen künftig alle Kantonshauptorte an das Nationalstrassennetz angeschlossen sein.

Zukunftstagung der *FDP.Die Liberalen Frauen*

«63 Jahre FDP Frauen – wie weiter?» war das Thema der diesjährigen Zukunftstagung in Bern.



Interessiert studierten die Teilnehmerinnen die Ergebnisse der Zukunftstagung.



Im regen Austausch wurden an der Tagung verschiedene Themen behandelt.

Botschafterkonferenz

Die Fünfte Schweiz und ihre diplomatischen Vertreter

Während der Botschafterkonferenz lud die FDP International die Schweizer Botschafter und Generalkonsuln am 21. August 2013 zu einem Apéro in Bern ein. Mit der Wiederaufnahme dieser informellen Begegnung mit den Schweizer Diplomatinen und Diplomaten möchte die FDP einerseits die Bedeutung herausstreichen, die ihrer Arbeit für die Interessen der Schweiz im Ausland zukommt, und ihnen andererseits die Möglichkeit geben, die Exponenten einer der Regierungsparteien persönlich kennen zu lernen.

François Baur, Präsident FDP International

Die Anwesenheit von mehr als 50 Personen aus dem diplomatischen Korps, aber auch aus der FDP-Fraktion und von Parteimitgliedern zeigte deutlich, dass auf Seiten der Diplomaten ein Bedürfnis nach direktem Kontakt zu den Parteien besteht. Bundesrat Didier Burkhalter machte in seiner Rede als oberster Chef der Schweizer Diplomatie deutlich, wie wichtig die Arbeit der Botschaften im Ausland für die Interessenwahrung der Schweiz sei.

Einer Schweiz, die wie kein anderes Land durch ihre offene und weit vernetzte Wirtschaft auf gute Beziehungen zu ihrem Handelspartnern dringend angewiesen ist und aufgrund ihrer Grösse und Neutralität über keinerlei wirtschaftliche oder politische Druckmittel verfügt, ihre Interessen auf dem internationalen Parkett durchzusetzen.

Christian Lüscher, Nationalrat (GE), Mitglied der Aussenpolitischen Kommission und Vizepräsident der FDP Schweiz, strich die Bedeutung eines direkten Kontakts zur Schweizer Diplomatie heraus, um besser verstehen zu können, «wie unsere Partnerländer funktionieren». Die Informationen aus den Botschaften und Konsulaten seien die Grundlage für alle aussenpolitischen Entscheide im Parlament. Deshalb sei es so wichtig, sich zu kennen.

Diplomatie als Baustein für erfolgreiche Schweizer Exportwirtschaft
Kenntnisse über wirtschaftliche Rahmenbedingungen in den Schweizer



François Baur, Präsident FDP International, begrüsst zum FDP-Apéro im Rahmen der Botschafterkonferenz.

Exportländern werden durch die dort stationierten Botschaften und Konsulate zusammengetragen. Die diplomatischen Vertretungen dienen auch als Eingangstor für Unternehmen, die sich in einem neuen Land einen Absatzmarkt erobern wollen. Ohne deren logistische Unterstützung wäre der Erfolg der Schweizer Produkte im Ausland wohl nicht derselbe. Ebenfalls von Bedeutung ist die enge Zusammenarbeit der Botschaften und Konsulate mit den im Ausland ansässigen Schweizer Handelskammern.

Die Schweizer Diplomatie und auch «Präsenz Schweiz» haben sich in den letzten Jahren erfolgreich die Marke Schweiz für ihre Kommunikationsleistungen zu Nutze gemacht. Unter dem Schweizer Kreuz werden öffentliche Veranstaltungen und Diskussionen durchgeführt, die über das klassische «Heidi-Image» der Schweiz zu

einem grösseren Verständnis der Schweiz und ihrer politischen Eigenheiten im Gastland beitragen.

Dienstleistung am Schweizer Bürger im Ausland

Insbesondere für die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland bedeutet die diplomatische Vertretung in ihrem Gastland etwas Heimat in ihrer Nähe. Man verlässt sich auf die Informationen aus der Botschaft und kann über sie in verschiedener Hinsicht die Beziehungen mit der Heimat aufrecht erhalten.

Deshalb ist auch die weitere Entwicklung der konsularischen Dienste im Ausland ein Hauptpunkt der Arbeit der FDP International. Ein Ausbau der Präsenz der konsularischen Vertretungen wird insbesondere in den Wachstumsmärkten sehr begrüsst. Hingegen hat die FDP International die Reduk-

tion konsularischer Dienste in verschiedenen europäischen Ländern, ohne dass im Gegenzug dazu alternative Dienste, beispielsweise elektronische Verwaltungsverfahren eingeführt worden sind, kritisiert.

Für das neue Auslandschweizergesetz

Für mehr Kohärenz und eine bessere Koordination unter den einzelnen Dienstleistungen wird voraussichtlich das neue Auslandschweizergesetz sorgen. Ganz im Sinne der FDP handelt es sich nicht einfach um ein neues Gesetz, sondern um die Zusammenfassung bestehender Gesetze. So sollen die verschiedenen Aspekte der Beziehungen von Auslandschweizerinnen und -schweizern sowie ihre (politischen) Rechte und Pflichten aufgeführt werden. Damit kann das Gesetz auch als Anleitung für die konsularischen Dienste im Ausland dienen.

Begrüssenswert ist, dass der Gesetzesentwurf vom Prinzip der Eigenverantwortung getragen wird. Die Verantwortung und Unterstützung des Staates muss auch im Ausland subsidiär nach Ausschöpfung aller Mittel der Selbsthilfe durch die Betroffenen zum Tragen kommen. Weil der Gesetzesentwurf im liberalen Sinne ausgestaltet ist, konnte er nach anfänglicher Zurückhaltung auch von der FDP Schweiz unterstützt werden.

Die Vernehmlassungsantwort der FDP International zum Auslandschweizergesetz findet sich unter: <http://www.fdp-international.com/themen/stellungnahmen>

Vielseitiges Treiben

Stets eine gute Figur

Nicht nur das Politisieren während der Sessionen bringt unsere Fraktion zusammen. Auch ausserhalb des Bundeshauses trafen sich unsere nationalen Parlamentarier in diesem Sommer. Beim Tag der Trachten sorgten mehrere Nationalrätinnen zudem für eine Augenweide.

Eidgenössisches Schwing- und Älplerfest

31. August und 1. September 2013, Burgdorf – die Bösen küren ihren König im Sägemehl. Und mittendrin an diesem Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest: eine Schar unerschrockener FDP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier. Aus den unterschiedlichsten Landes- und Sprachregionen kamen sie zusammen, um am grössten Sportanlass der Schweiz dabei zu sein.

Die Berner Nationalrätin Christa Markwalder hatte dabei die kürzeste Anreise, wohnt sie doch im beschaulichen Burgdorf, das sich an einem Wochenende in eine riesige Feststadt verwandelte. Bei ihrem Heimspiel lud sie die Fraktionsmitglieder zu sich nach Hause zum Apéro ein. Eine Einladung, welcher die anderen Parlamentarier gerne folgten.



Im Garten von Christa Markwalder fand sich die FDP-Gruppe zum Apéro ein.

Eine Augenweide

Am 23. September stand die Session im Bundeshaus ganz im Zeichen der

Tradition, und die Parlamentarier waren am Tag der Trachten aufgefordert, in der Tracht ihres Heimatkantons zu



Ignazio Cassis im klassischen Bundeshaus-Outfit mit den drei Trachtendamen Petra Gössi (SZ), Daniela Schneeberger (BL) und Isabelle Moret (VD).



Albert Vitali, Christa Markwalder und Damian Meier, alt Kantonsrat Luzern, strahlen am Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest um die Wette.

erscheinen. Auch drei FDP-Parlamentarierinnen folgten diesem Aufruf und präsentierten die Kantone Baselland, Schwyz und Waadt im traditionellen

Gewand. Der Luzerner Nationalrat Albert Vitali kam mit seiner Jodelgruppe gar zu einem Auftritt.



Perfektes Wetter und perfekte Atmosphäre für den Besuch der FDP-Fraktion im Wallis.



Nationalrat Andrea Caroni mit dem Grundmaterial für einen guten Tropfen.



Tatkräftig wird angepackt, und die Trauben wandern von den Reben in die Kisten.

Weinlese

Ein feiner Tropfen

Zwischen der Weinproduktion und der Politik gibt es Gemeinsamkeiten: Bei beiden braucht es viel Geduld, bis am Ende ein feiner Tropfen oder eine konsensfähige Entscheidung geboren ist. Dass sich die FDP-Parlamentarier nicht nur aufs Politisieren verstehen, sondern auch beim Rebenschneiden eine gute Figur machen, durften sie beim Besuch im Weingut ihres Nationalratskollegen Jean-René Germanier demonstrieren.

Das seit 1896 im Familienbesitz befindliche Weingut von Nationalrat Jean-René Germanier im malerischen Balavaud im Wallis erhielt am 24. September prominenten Besuch. Die Mitglieder der Fraktion durften beim Besuch auf dem Weingut tatkräftig anpacken, beim Rebenschneiden hel-

fen und beim Pressen der Beeren zusehen. Dabei erhielten sie einen intensiven Einblick in die verschiedenen aufwändigen Schritte der Weinproduktion. Bei perfektem Wetter wurde im Weinberg kräftig mitgeholfen und unter fachkundiger Anweisung Trauben gepflückt.

Nach so viel Einsatz waren der Apéro und das Raclette wohlverdient und hochwillkommen. Dabei konnten sich die anwesenden National- und Ständeräte gleich selber von der Qualität und Exklusivität der Germanier-Weine überzeugen.



Selbstverständlich erfreute sich auch die grosse Auswahl an Weinen des Interesses der Besucher.



Im Gärkeller lauscht die Delegation interessiert den Ausführungen.



Jean-René Germanier inmitten von Freunden seiner Weine.



Bundesrat Johann Schneider-Ammann begrüsst die Teilnehmenden in Bern zum FDP-Forum.



Beim Mittagessen hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, Eindrücke zu teilen und neue Kontakte zu knüpfen.



Intensive Diskussionen und reger Austausch prägten die Workshops.

FDP-Forum

Angeregter Austausch

Wie steht es um die FDP? Welche Anliegen beschäftigen die Ortsparteien? Welchen Nutzen hat das gemeinsame Adresssystem der FDP? Diese Fragen standen im Zentrum des FDP-Forums am 21. September in Bern.

Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter aus den Ortsparteien fanden am Samstagmorgen den Weg nach Bern, um sich mit der Parteispitze und anderen Ortsparteipräsidentinnen und -präsidenten auszutauschen. Besonderes Highlight war die Teilnahme vom Wirtschafts- und Bildungsminister Johann Schneider-Ammann, welcher sich den Fragen der Ortsparteien stellte und mit ihnen über die Situation und die Zukunft der FDP diskutierte.

Neben dem Austausch mit dem Bundesrat hatten die Teilnehmenden

die Möglichkeit, mit dem Parteipräsidenten Philipp Müller und Nationalrat Christian Wasserfallen zu diskutieren. Im dritten Workshop standen das nationale Adresssystem und dessen Vorteile für alle Parteiebenen im Zentrum.

Das FDP-Forum war einmal mehr ein erfolgreicher Anlass, bei welchem alle Seiten profitieren konnten. Der gegenseitige Austausch von Gedanken, Eindrücken, Ideen, aber auch Kritik und Anregungen werden von der Parteileitung und vom Generalsekretariat sehr geschätzt.



Stefan Brupbacher, Philipp Müller, Christian Wasserfallen und Aurélie Hänni im Gespräch.



Den vielen Fragen der Teilnehmenden stellte sich Bundesrat Schneider-Ammann gerne.



Ortsparteien aus allen Landesteilen waren am FDP-Forum vertreten.

Sessionsbericht – Herbstsession 2013

Positive Bilanz trotz Wermutstropfen

Über unheilige Allianzen zwischen SVP und SP zu berichten, wird leider zum Standard in Rückblicken auf die nationalen Sessionen. So verhalf die SVP der SP zu einer linken Mehrheit im Sozialversicherungsgericht. Eine kurzsichtige Taktik zur Machtsicherung, welche Sparmassnahmen bei den Sozialversicherungen erschweren wird. Trotzdem kann die FDP-Fraktion auf eine erfolgreiche Session zurückblicken.

Ein grosser Erfolg gelang der FDP bei der Thematik der Kampfflugzeuge. Dank unserem Druck auf das VBS wurde der Beschaffungsvertrag wesentlich verbessert und wir haben damit jetzt die Argumente, um das Volk vom Gripen zu überzeugen. Daher kann die FDP dem bereits gestarteten Referendum ruhig entgegensehen. Beide Räte haben mit soliden Mehrheiten den nötigen Mitteln zur Beschaffung des Gripen zugestimmt.

Die *FDP.Die Liberalen* engagiert sich für eine starke und für die Herausforderungen der Zukunft gerüstete Luftwaffe, was mit den Gripen als Tiger-Teilersatz der Fall ist. Endlich hat das VBS einen Vertrag vorgelegt, welcher die Bedingungen der FDP erfüllt, sodass die FDP dem Kauf dieses modernen und effizienten Kampfjets zustimmen kann.



Unter dem strengen und wachsamen Blick der drei Eidgenossen im Bundeshaus diskutierten und debattierten National- und Ständerat in der Herbstsession über die Zukunft der Schweiz.

QUELLE: WWW.PARLAMENT.CH

Keine unhaltbaren Versprechen abgeben

In der Herbstsession haben die Räte verschiedene Vorstösse der *FDP.Die Liberalen* mit deutlichen Mehrheiten befürwortet und dem Bundesrat klare Signale gesandt. Dank unseren Vorstössen steht nun fest, dass die Politik keine Rentenversprechen machen soll, welche nicht eingehalten werden können. Auch sollen die technischen Parameter im BVG entpolitisiert werden. Des Weiteren hat sich der Nationalrat mit der Annahme einer FDP-Motion deutlich für eine der AHV-Reform vorgezogenen Schuldenbremse ausgesprochen.

Diese deutlichen Signale muss der Bundesrat bei der Ausarbeitung der «Altersvorsorge 2020» beachten. Wir verlangen in der Vernehmlassungsvorlage deutliche Verbesserungen im Sinne einer glaubwürdigen und mehr-

heitsfähigen Reform der Altersvorsorge.

Klare Absage an die Mindestlohninitiative

Der Ständerat empfiehlt die Mindestlohn-Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung, und dies mit 31 zu 13 Stimmen. Die FDP begrüsst diesen Entscheid. Die Initiative für einen Mindestlohn schadet unserer Wirtschaft, unseren Unternehmen, und ist ein direkter Angriff auf die verletzlichsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Ständerat nahm aber eine Motion an, die den Bundesrat beauftragt, bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit Vollzugsdefizite aufzuzeigen und anzugehen.

Wichtige Forderungen zum Wohle der Schweiz

Unsere Parlamentarier reichten auch in der Herbstsession wichtige und zukunftsweisende Forderungen in den beiden Räten ein.

Aktuell werden verschiedene erneuerbare Energien unterschiedlich subventioniert. Diesen Marktverzerrungen will die FDP mit einem Postulat entgegenreten. Der Bundesrat soll aufzeigen, wie die einzelnen erneuerbaren Energien subventioniert werden und welche Massnahmen er zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Verhinderung von marktverzerrenden Auswirkungen ergreift.

Immer wieder wird das Märchen der Schädigung der AHV durch die Unternehmenssteuerreform II aufge-

wärmt. Die FDP will endlich Klarheit und stellt dem Bundesrat die relevanten Fragen und verlangt Zahlen, die aufzeigen, welchen Einfluss die USTR II auf die AHV hat.

Für die FDP ist eine Klärung des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und Landesrecht sehr wichtig. Diese Haltung bringt sie in ihrem Positionspapier zum Ausdruck. Um das Verhältnis zu klären, verlangt die Fraktion vom Bundesrat die Beantwortung verschiedener Fragen. Dabei soll primär geklärt werden, welche Bereiche des Völkerrechts welchen nationalen Referenden unterstellt werden.

Der gesamte Sessionsbericht kann unter www.fdp.ch heruntergeladen werden.

Nachruf Pankraz Freitag

Ein ruhiger Chrampfer

Der Auftritt in der «Arena» vom 4. Oktober war Pankraz Freitags letzte politische Tätigkeit. Vollkommen überraschend verstarb der Glarner Ständerat noch in derselben Nacht. Die FDP verliert einen wertvollen Freund, einen «Chrampfer», einen geschätzten Parteikollegen und grossartigen Menschen. Der Trauerfamilie spricht Andrea Bettiga sein herzliches Beileid aus.

Als Sohn einer Bergbauernfamilie erblickte Pankraz Freitag am 12. Dezember 1952 das Licht der Welt. Er kam aus eher bescheidenen Verhältnissen und wusste die Chancen, die sich ihm boten, zu ergreifen und zu nutzen. Nach der Maturitätsprüfung zog es ihn an die Universität Zürich. Er fühlte sich wohl in der Welt der Zahlen und Fakten, und so schloss er ein Studium in Mathematik, Physik und Biologie ab. Bereits mit 26 Jahren wurde er Mathematiklehrer an der Kantonsschule Glarus. Das war auch der Moment, in dem ich als Schüler den Lehrer und Menschen Pankraz Freitag kennen und schätzen gelernt habe. Durch seine ruhige und sympathische Art war er im schulischen Umfeld bald sehr beliebt.

An der Tätigkeit des Lehrerseins fand er starken Gefallen. Er, der selber Aufstiegschancen genutzt hatte, vertrat stets die Meinung, dass jeder Mensch durch Einsatz und Engagement nach Grösserem streben kann.

Politkarriere mit über 40 Jahren

Sein Werdegang verkörpert den klassischen Bildungsfreisinn. Eigenverantwortung, aber auch Disziplin und Durchhaltevermögen prägten den Glarner aus Haslen. Pankraz Freitag packte an und verstand es, sowohl Probleme wie auch Lösungsansätze aufs Parkett zu bringen. Daraus ergaben sich auch die ersten Kontakte mit der Politik, ein Themengebiet, in welchem er heimisch werden sollte.

1994 schaffte er für die FDP den Einzug in den Landrat des Kantons Glarus. Bereits nach vier Jahren folgte der Wechsel in die Exekutive. Er war als Regierungsrat Vorsteher des Departements Bau und Umwelt. Hier zeichnete er für die Einführung des «Glarner Bus» und des «Glarner



Lieber Pankraz, wir werden dich vermissen. Danke für die gemeinsame Zeit.

Sprinter» verantwortlich. 2008 folgte der Schritt nach Bern, wo er in die Kleine Kammer gewählt worden war. Mit der Wahl in den Ständerat und der anschliessenden Wiederwahl bestätigte ihm die Glarner Bevölkerung, dass er Vertrauen geschaffen hatte und dass er dieses Vertrauen verdiente.

Pankraz Freitag prägte mit seiner bestimmten und doch besonnenen Art, seinen klaren Voten und seiner unermüdlichen Schaffenskraft die Politik im Kanton Glarus und auf Schweizer Ebene. Parteiübergreifend beeindruckte er Politikerinnen und Politiker.

Für eine sachliche und sinnvolle Energiepolitik

Als Präsident der Finanzkommission setzte er sich mahndend für gesunde Staatsfinanzen ein und plädierte – gerade in den vergangenen Jahren angesichts der Bundesüberschüsse – für Mässigung. Als Mathematiker und Physiker kannte er wie kaum ein anderer die technischen Herausforderungen der Energiepolitik und kämpf-

te für eine sachliche und sinnvolle neue Energiepolitik im Interesse des Landes.

Dabei schreckte er auch vor schwierigen Dossiers wie der Endlagerung von radioaktiven Abfällen nicht zurück, als er das Verwaltungsratspräsidium der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle

(Nagra) übernommen hatte. Gegenüber neuen Ideen war er stets offen, sofern ihm diese finanziell vernünftig und technisch sinnvoll erschienen.

Pankraz Freitag blieb seinen Wurzeln stets treu und trat stark für die Entwicklungsmöglichkeiten der Bergkantone sowie für sinnvolle Reformen der Landwirtschaftspolitik ein.

Ein grosser Verlust

Wir verlieren mit Pankraz Freitag ein wichtiges Mitglied der nationalen Fraktion und einen lieben Freund, die Schweiz verliert einen gewichtigen Finanz- und Energiepolitiker und der Kanton Glarus sowie die Berggebiete generell einen grossen Fürsprecher.

Ich bin über den plötzlichen Tod von Pankraz bestürzt. Pankraz Freitag wird uns fehlen. Seiner Ehefrau und seinen drei Kindern spreche ich in diesem schweren Moment mein Mitgefühl aus.

**Andrea Bettiga,
Landammann, GL**



Pankraz Freitag war mit seiner ruhigen, aber doch lustigen Art sehr beliebt und ein gern gesehener Gast an allen Veranstaltungen.

ENHK-Gutachten

Ohne Eingeständnisse geht es nicht

Ende Februar 2012 reichte Ständerat Joachim Eder eine Parlamentarische Initiative mit dem Titel «Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission und ihre Aufgabe als Gutachterin» ein. Dieser Versuch, die Bedeutung der Gutachten der ENHK bei Bewilligungsverfahren in einen vernünftigen Rahmen zu setzen, sorgte für einigen Wirbel. Im «Freisinn» erklärt Joachim Eder, was wirklich hinter seinen Bemühungen steht.

Joachim Eder, Ständerat, ZG

Bei meiner parlamentarischen Initiative 12.402, die von den zuständigen UREK-Kommissionen des National- und Ständerates positiv aufgenommen wurde, geht es um die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) und ihre Aufgabe als Gutachterin.

Viel Staub aufgewirbelt

Mit dem Vorstoss wirbelten meine 15 Mitunterzeichner und ich einigen Staub auf. Von einem Angriff auf Natur und Heimat war die Rede. In Zuschriften an die Mitglieder der UREK-NR wurde ich mit unschönen Ausdrücken qualifiziert: Von «drohender Demontage des Denkmalschutzes», «unausgereiftem und verheerendem Schnellschuss», «unnötiger Aushöhlung des pragmatischen Naturschutzes» war die Rede. Zudem wurde mir vorgeworfen, ich würde die Energiewende nur als Vorwand benützen, um den Landschaftsschutz grundsätzlich zu schwächen.

Der richtige Stellenwert muss gewahrt bleiben

All dies kann ich nicht gelten lassen. Es sind teils haltlose Unterstellungen, die ich entschieden zurückweise. Sie verkennen die Hauptstossrichtung meines Anliegens, teilweise wohl absichtlich. Mir geht es einzig und allein um den Stellenwert der ENHK-Gutachten.

Diese dürfen nicht automatisch so hoch gewichtet werden, sondern müssen bei der Entscheidbehörde in die Gesamtinteressenbeurteilung miteinbezogen werden. Sie können nach wie vor eine wichtige Grundlage bilden, dürfen aber nicht allein ausschlag-



«Kompromisslos den Atomausstieg zu fordern, ohne gewisse Eingeständnisse einzugehen, bringt uns in der Energiefrage nicht weiter», sagt Joachim Eder, Ständerat aus Zug.

bend und quasi sakrosankt sein. Eine nicht direkt durch das Volk legitimierte Kommission soll zukünftig kein so grosses Gewicht mehr besitzen. Insbesondere dann, wenn Entscheidungen in einem demokratischen Prozess zustande gekommen sind.

Güterabwägung ist bei Energieprojekten unumgänglich

Es geht mir auch nicht nur um die Energieproblematik, obwohl diese im ganzen Thema ein spezielles Gewicht hat. Gerade bei Energieprojekten, welche den Ausbau der Wasserkraft, von Solaranlagen und der Windenergie zum Ziel haben, ist eine Güterabwägung nämlich unumgänglich.

Deshalb ist es nötig, Farbe zu bekennen und eine neue Gewichtung von

Schutz und Nutzung vorzunehmen, sonst bleibt die Abwendung von der Kernenergie und die Forderung nach erneuerbaren Energien ein reines Lippenbekenntnis. Kompromisslos den Atomausstieg zu fordern, ohne gewisse Eingeständnisse im Natur- und Heimatschutz einzugehen, bringt uns in der Energiefrage nicht weiter.

Kantone müssen gestärkt werden

Allerdings geht es beim Vorstoss klar nicht um die Frage der Stärkung und Schwächung des Natur- und des Heimatschutzes, sondern um den Stellenwert der Gutachten der ENHK. Auch unser gegenwärtiges System hinterfrage ich: Wollen wir Entscheidungskompetenzen an eine demokratisch nicht legitimierte Kommission abdelegieren

und damit die Entscheidungsbefugnis unserer Organe und Behörden wesentlich einschränken?

Die ENHK wurde zu einem Zeitpunkt ins Leben gerufen, als die Kantone im Umweltschutzrecht noch keine eigenen Behörden und Kompetenzen hatten. Heute verfügen sie mehrheitlich über sehr professionelle Umweltschutzbehörden. Mein Vorstoss berücksichtigt dies und soll die Kantone stärken.

Als ehemaliger Regierungsrat frage ich mich nämlich: Warum wird die Interessenabwägung auf kantonaler Ebene abgewürgt? Die Kantone können diese durchaus ebenfalls vernünftig handhaben. Mit meinem Lösungsvorschlag gibt es auch keine «Carte blanche». Durch das Ergreifen der Rechtsmittel ist immer ein Gang vors Bundesgericht möglich; eine «unité de doctrine» ist also sichergestellt!

Gemeinden und Kantone werden zurückgepiffen

Die heutige Praxis der ENHK-Gutachten führt dazu, dass die entscheidenden Instanzen gemäss geltendem Recht beim Vorliegen von lediglich kantonalen Interessen vom Gutachten der ENHK nicht abweichen dürfen, oder dann nur aus triftigen Gründen (BGE 127 II 273, S. 280 ff.). Und um solche handelt es sich, wenn das Gutachten der ENHK «Irrtümer, Lücken oder Widersprüche» enthalten würde (VPB 1992, 66 mit Hinweisen). Das ist für mich eine zu hohe Hürde.

Gemeinden und Kantone werden vom Bundesgericht denn auch oft zurückgepiffen, wenn sie anders entscheiden als die Gutachten der ENHK vorgaben. Das geht nicht. Deshalb muss der Gesetzgeber den Stellenwert dieser Gutachten ändern.



Aus der ganzen Schweiz reisten die Delegierten nach Genf an die Versammlung.



Klare Voten der FDP-Delegierten zu den verschiedenen Abstimmungsvorlagen.

Delegiertenversammlung

Wichtige Entscheide gefasst

Die Delegiertenversammlung der *FDP. Die Liberalen* Mitte Oktober in Genf brachte wichtige und zukunftsweisende Entscheide. Neben der Parolenfassung für drei Abstimmungsvorlagen verabschiedeten die Delegierten auch ein Positionspapier zum Thema Innovationspolitik (siehe folgende Seiten).

Die Entscheide der Delegiertenversammlung fielen allesamt einheitlich aus. Der SVP-Familieninitiative erteilten die Anwesenden mit 164 Nein- zu 8 Ja-Stimmen eine überaus deutliche Absage. Die Vorlage war von Nationalrätin Isabel Moret im Streitgespräch mit SVP-Nationalrätin Nadja Pieren vorgestellt worden. Die FDP stellt sich somit klar gegen den Versuch der SVP, unser bewährtes Steuersystem zu verändern und einen Abzug für eine nicht getätigte Ausgabe zu ermöglichen.

Klare Haltung

Auch die anderen nationalen Abstimmungsvorlagen erhielten von den Delegierten ein klares Votum. Die Erhöhung der Vignettenpreise wurde ebenso angenommen wie die Einführung eines Infrastrukturfonds für den öffentlichen Verkehr. Diese Vorlage wird im Februar 2014 zur Abstimmung gelangen.

Anerkennung für Positionspapier

Einstimmig stellte sich die Delegier-

tenversammlung hinter ein Positionspapier zur Innovationspolitik, mit deren Umsetzung der Spitzenplatz der Schweiz im internationalen Innovationswettbewerb erhalten werden soll.

In einer Videobotschaft wendete sich Bundesrat Johann Schneider-Ammann als Vorsteher des entsprechenden Departementes an die Delegierten und machte darauf aufmerksam, wie wichtig eine fortschrittliche Politik in diesem Bereich ist, gerade für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz.

Die Bilateralen stärken

Bundesrat Didier Burkhalter setzte in seiner Ansprache an die Delegierten ein Zeichen für die Bilateralen. Es gelte, diese Institution, die der Schweiz viel gebracht hat, zu verteidigen. Der Zeitpunkt für Verhandlungen sei heute richtig, da die Schweiz nicht mit dem Rücken zur Wand verhandelt, sondern als zweitwichtigster Investor in der EU stark auftreten kann.



Ein trauriger Moment: Parteipräsident Philipp Müller gedenkt Pankraz Freitag.



Bundesrat Didier Burkhalter sprach sich ganz klar für den bilateralen Weg aus.

Positionspapier Innovationspolitik

Weltspitze dank Forschung und Entwicklung

An der Delegiertenversammlung in Genf verabschiedete die FDP ihr Positionspapier zum Thema Innovationspolitik und schlägt damit wichtige Pfeiler ein, um die Spitzenposition der Schweiz als Innovationsstandort zu sichern. Mit gezielten Massnahmen will die FDP bisherige Errungenschaften verteidigen und eine zukunftsfähige Innovationspolitik sichern.

Christian Wasserfallen,
Nationalrat, BE

Der «Global Innovation Index» hat es 2012 gezeigt: Die Schweiz ist der weltweit führende Innovationsstandort. Als rohstoffarmes, kleines Land sind wir darauf angewiesen, dass dies so bleibt. Denn Innovation ist ein Schlüsselfaktor der Konkurrenzfähigkeit unserer Volkswirtschaft und damit zentral für Wohlstand in der Schweiz. Gleichzeitig sichert sie Arbeitsplätze für unsere Kinder.

Aber die Konkurrenz schläft nicht. Deshalb stellt die FDP in ihrem Positionspapier wegweisende Forderungen auf, um der Schweiz ihre führende Stellung als Wirtschaftsstandort zu erhalten. In zwölf Forderungen skizziert die FDP den Weg, der eingeschlagen werden muss.

Staat, bleib bei deinen Leisten

Der Staat soll keine Industriepolitik betreiben. Seine Aufgabe ist es, optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen bereitzustellen. Für die FDP gehören dazu unter anderem:

- › Forschungsfreiheit garantieren
- › Liberaler Arbeitsmarkt sichern
- › Effiziente und unbürokratische Verwaltung einrichten
- › Märkte öffnen
- › Qualitativ hochwertiges Bildungssystem samt dualem Bildungsweg fördern
- › Ausreichende und stabile Mittel für den BFI-Bereich (Bildung, Forschung und Innovation) zur Verfügung stellen

Der Staat soll dafür sorgen, dass es in der Schweiz für Unternehmen in allen Belangen «einfacher» ist als bei der Konkurrenz. Wir sind nämlich darauf angewiesen, attraktiv zu sein.



1934 erfanden die Schweizer Ernst Constan und Jack Ettiger den Skilift mit Bügel. Damit solche wegweisenden Innovationen auch weiterhin in der Schweiz erfolgen, müssen die Forderungen der FDP schnell umgesetzt werden.

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, sich in die inhaltliche Ausrichtung der Forschung einzumischen. Daher spricht sich die FDP klar gegen politische Moratorien oder einen staatlichen Einfluss auf Forschungszentren aus. Die Unabhängigkeit der Hochschulen muss nicht nur gegenüber privaten Geldgebern gelten, sondern auch gegenüber ihrem bedeutendsten Finanzier: dem Staat.

Besser zusammenarbeiten und kommunizieren

Zwar ist die Schweiz der weltweit führende Innovationsstandort, aber in der Vermarktung unserer Leistungen gibt es noch viel zu tun. Schweizer Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen sind weltweit für ihre gute Qualität bekannt. Bis jedoch ein neues Produkt von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung hin zur Produktentwicklung gelangen kann, sind alle Akteure aufgefordert, vermehrt zusammen zu arbeiten.

Verbesserungen sind daher gerade im Bereich der Vernetzung von Wirtschaft und Forschung gefordert. Der Wissensaustausch bei Innovationsprojekten zwischen öffentlichen Forschungsinstituten und Entwicklungszentren der Privatwirtschaft muss klarer koordiniert werden und auf die KMU-Landschaft ausgerichtet werden.

Um diese Vernetzung auch in den Köpfen der Forschenden zu verankern, verlangt die FDP das Einbauen von betriebswirtschaftlichen Modulen an den Hochschulen. Dadurch kann das unternehmerische Denken der Studierenden gefördert werden. Nicht zuletzt fordert die FDP, die Innovationsleistung der Schweizer Forschung und Entwicklung weltweit besser zu kommunizieren.

Ein Innovationspark als Grundlage

Ein nationaler Innovationspark liegt

der FDP sehr am Herzen. In einem solchen kann der Austausch zwischen Forschung und Wirtschaft gezielt gefördert und verankert werden. Dies erhöht die Attraktivität der Schweiz als Standort für Forschungs- und Entwicklungsabteilungen (F&E) von internationalen Konzernen.

Steuerliche Anreize

Im Gegensatz zu vielen anderen entwickelten Ländern kennt die Schweiz keine Steuererleichterung im Bereich der Forschung und Entwicklung. Dies ist vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs um die Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandorte international mobiler Unternehmen bedenklich.

Die FDP verlangt deshalb eine privilegierte Besteuerung der Erträge aus Forschung und Entwicklung über Innovationsboxen. Eine solche Boxenlösung stellt eine Ersatzlösung für die stark unter Druck gekommenen kantonalen Unternehmenssteuer-Privilegien dar.

Mit Innovationsfonds an die Spitze

Für die FDP ist klar, dass nicht nur etablierte Firmen Innovationsleistung erbringen. Gerade Start-ups leisten einen wichtigen Beitrag, die langjährige Suche nach Geldgebern verschlechtert aber ihre Marktposition. Es soll daher ein durch private Gelder gespeister Innovationsfonds geschaffen werden.

Die von der FDP aufgestellten Forderungen stellen sicher, dass die Schweiz auch weiterhin einen weltweiten Spitzenplatz in der Innovation einnehmen kann. Dadurch schaffen wir Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft für unser Land.

Innovation in China

Wo steht das Reich der Mitte?

Im letzten «Freisinn» berichtete Bundesrat Johann Schneider-Ammann über den Abschluss des Freihandelsabkommens mit China. Im Rahmen dieses Abkommens wurde auch eine Intensivierung der Zusammenarbeit in Lehre und Forschung vereinbart. Doch wo steht China im Bereich von Innovation und Forschung? Eine Annäherung.

Im Rahmen seiner Semesterarbeit untersuchte der ETH-Student Antonio Cherubini den Stand Chinas im Vergleich zu Europa bei der Innovations-

politik. Seine Schlussfolgerungen sind auch hinsichtlich der von der FDP aufgestellten Forderungen zur Innovationspolitik interessant.

«Früher war das chinesische Bildungssystem vor allem auf Auswendiglernen fokussiert und liess kaum Erfindungsgeist und Kreativität zu.»

politik. Seine Schlussfolgerungen sind auch hinsichtlich der von der FDP aufgestellten Forderungen zur Innovationspolitik interessant.

Politische Rahmenbedingungen entscheidend

Seit der 1978 durch Deng Xiaoping eingeführten Reform- und Öffnungspolitik erlebt China eine rasante wirtschaftliche und technologische Entwicklung. Spezielle Programme sollen ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine soziale Entwicklung durch einheimische Innovationen ermöglichen. Bis 2020 will das Reich der Mitte 2,5 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung ausgeben und die Anzahl Erfindungspatente und Zitierungen chinesischer wissenschaftlicher Artikel so erhöhen, dass China in beiden Kategorien unter den ersten fünf Ländern der Welt rangiert.

Innovationsparks als treibender Motor

Die FDP fordert die rasche Umsetzung eines Innovationsparks in der Schweiz. Welche positiven Auswirkungen auf die Forschungstätigkeit und den Wissensaustausch ein solcher haben kann, zeigen die chinesischen Technologieparks. In China wurden zu Beginn der 90er-Jahre 53 Technologieparks errichtet, um dort den Technologietransfer von internationalen zu chinesi-

Das Ergebnis lässt sich sehen: In den Parks wurden über 1200 F&E-Zentren von ausländischen Unternehmen gegründet. Allein im Technologiepark von Peking sind 40 Universitäten ansässig und über 6000 in- und ausländische Unternehmen stationiert.

Die damit verbundenen hohen Erwartungen zeigen sich auch in Umfragen unter Geschäftsführern von tech-

nologischen Unternehmen. Sie zeigen, dass China von 30 Prozent der Befragten als das Land eingeschätzt wird, in welchem die wichtigsten technologischen Durchbrüche der Zukunft stattfinden werden.

Rückschluss für die Schweiz: Jetzt die richtigen Weichen stellen
Noch führt die Schweiz den Global Innovation Index an, noch sind wir das innovativste Land der Welt. Es droht

ben, dass es die richtigen staatlichen Rahmenbedingungen, Investitionen in die Bildung und den Wissensaustausch braucht, um Innovationen zu ermöglichen.

Es gilt daher, die von der FDP in ihrem Positionspapier zur Innovationspolitik aufgestellten Forderungen konsequent und rasch umzusetzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Schweiz das innovationsfreudigste Land bleibt – was zu wirtschaft-

«Die Schweiz kann ihre Rolle als Innovationsführerin nur behalten, indem sie die eigene Industrie verstärkt unterstützt und neue Unternehmen anlockt.»

uns jedoch Konkurrenz von aufstrebenden Ländern, welche erkannt ha-

lichem Aufschwung und damit mehr Arbeitsplätzen und Wohlstand führt.



China wird aufholen und bald noch mehr eigene Innovationen auf den Markt bringen können.



«Der Schweiz drohen neue Konkurrenten»: Antonio Cherubini kommt in seiner Arbeit zum Schluss, dass sich China im Global Innovation Index laufend weiter verbessern wird.

Interview

Antonio Cherubini

fokussiert und liess kaum Erfindungsgeist und Kreativität zu.

Diese Mängel wurden vor 10 Jahren erkannt und das Schulwesen dementsprechend angepasst. Trotzdem werden 10 bis 15 Jahre vergehen, bis neu ausgebildete Forscher mit Auslandserfahrungen oder guter inländischer Ausbildung Führungspositionen einnehmen und Innovationsprojekte mit europäischer Qualität leiten werden.

Gibt es weitere Hemmnisse?

Die starke Hierarchie innerhalb von Unternehmen, das fehlende ethische Verhalten und das schwache geistige Eigentumsrecht sind zum Teil kulturell bedingte Nachteile, welche die Innovationsfähigkeit Chinas hemmen. Auch hier wurde von der chinesischen Regierung erkannt, dass Veränderungen nötig sind, und die ersten Schritte zur Verbesserung wurden unternommen.

In welchem Bereich liegen die grössten Herausforderungen für China?

China wird gleichzeitig die Herausforderungen eines Entwicklungslands wie auch einer Industrienation bewältigen müssen. Regionale und soziale Unterschiede führen immer noch zu Spannungen, welche sich aber in den letzten Jahren ein bisschen gemindert haben. Auch die Korruption in allen Sektoren wurde als Problem erkannt, und man versucht diese abzuschwächen. Trotzdem ist China weit davon entfernt, diese internen Probleme gelöst zu haben.

Weiter führt die Ein-Kind-Politik zu einer schnell alternden Bevölkerung, welche jetzt schon zusammen mit stark wachsenden Löhnen in China Billigproduktion nicht mehr erlaubt. Dafür hat die Regierung auf eine hohe Innovationsfähigkeit gesetzt, um höherwertige Produkte herzustellen, welche den Lebensstandard der ganzen Bevölkerung verbessern werden. Um das zu erreichen, werden auch gleichzeitig die Umweltprobleme bewältigt werden müssen, welche der Gesundheit aller Chinesinnen und

Chinesen schaden und viele Chinesen dazu bewogen hat, auszuwandern.

Weshalb gelang es China, so viele internationale Firmen anzulocken?

China hat eine Weitsichtigkeit in der Umsetzung aller Projekte, die mit keinem anderen Land vergleichbar ist. Dies ermöglichte es, eine konstante hohe Wachstumsrate zu halten. Diese Eigenschaft ist auch in der Schweiz dank der ständigen Vertretung der grössten Parteien im Bundesrat vorhanden, kann aber in China viel stärker ausgenutzt werden.

Dies ist zum Beispiel in der Innovation und technologischen Entwicklung Chinas erkennbar. Durch Sonderwirtschaftszonen, Steuervergünstigungen und mit einer beträchtlichen Marktgrösse wurden internationale Firmen angelockt, um die chinesische Wirtschaft voranzutreiben, von ihnen Technologien zu transferieren und zukünftig selber Technologiespitzenreiter zu sein. Viele Unternehmen erreichen zwar temporär hohe Gewinne in China, riskieren aber, dass chinesische Konkurrenten ihre Technologien auf unethische Art erwerben.

Um den technologischen Stand schneller zu verbessern, werden in China gewisse Industrien, welche als äusserst wichtig erkannt werden, zusätzlich unterstützt. So konnten chinesische Solarzellen-Hersteller innerhalb von 10 Jahren den Weltmarkt erobern.

Was kann die Schweiz von China lernen, um ihre Spitzenposition als innovativstes Land zu halten?

Die Schweiz kann ihre Rolle als Innovationsführerin nur behalten, indem sie die eigene Industrie verstärkt unterstützt und neue Unternehmen anlockt. Denn schweizerische Unternehmen werden neue Konkurrenten antreffen, welche ähnliche Produkte zu tieferen Preisen anbieten werden.

Man könnte Unternehmen wie in China durch Sonderwirtschaftszonen oder Technologieparks, in denen Universitäten und Fachhochschulen ver-

stärkt mit Unternehmen zusammenarbeiten, anlocken.

Unternehmen, die jetzt schon ihren Sitz in der Schweiz haben, aber noch keine Innovation oder Produktion führen, könnten durch weitere Anreize in solchen Technologieparks gelockt werden. Die Zusammenarbeit zwischen der ETH Zürich und Unternehmen sowie der Technopark könnten als Start zur Umsetzung eines Technologieparks dienen.

Zusätzlich könnten Schweizer Unternehmen, wie jene der Fertigungstechnik, welche noch weltweit eine führende Rolle spielen, in solchen Parks untereinander und zusammen mit Universitäten Skaleneffekte erreichen, die in China, aber nicht in der Schweiz vorhanden sind.

Es muss anerkannt werden, dass die Rolle und Stellung von Forschern und Ingenieuren in China viel grösser ist als in der Schweiz. Dies führt dazu, dass ein viel grösserer Anteil der Studenten einen technischen Weg einschlägt und die Mehrheit der Politiker einen technischen Background hat, was es erlaubt, die Innovation des eigenen Landes besser zu verstehen und zu unterstützen.

Antonio Cherubini wurde am 1. November 1989 in Zürich geboren. Er besuchte das Freie Gymnasium Zürich und schloss seinen Bachelor in Maschinenbau an der ETH Zürich ab. Derzeit führt er sein Studium an der ETH mit einem Master in Maschinenbau fort und hat seine Vertiefung in die Erforschung der Innovationsfähigkeit Chinas und Europas gesetzt. Innerhalb seines Studiums hat er einen Austausch innerhalb des UNITECH-Programms an der Chalmers University in Göteborg und ein Praktikum bei E.ON in Malmö im Bereich der Windenergie gemacht. Diesen Sommer hat er als Visiting Associate bei The Boston Consulting Group in Zürich gearbeitet.

Sicherheitspolitik

Eine sichere Schweiz für alle

«Ohne Sicherheit ist keine Freiheit.» Dieser Satz des preussischen Staatsmanns, Philosophen und Sprachforschers Wilhelm von Humboldt (1767–1835) sagt prägnant, warum sich die *FDP.Die Liberalen* auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene seit Jahren mit Sicherheitsfragen befasst. Es geht um «Eine sichere Schweiz für alle». So lautet auch der Titel des FDP-Massnahmenpakets «Für mehr Sicherheit, Bekämpfung des Drogenhandels und die Behebung von Justizmängeln».

Christine Frey, Münchenstein,
Präsidentin der *FDP.Die Liberalen*
Baselland

Was viele als diffuses Unsicherheitsgefühl empfinden, ist leider Wirklichkeit: Bei Einbrüchen belegt die einst sichere Schweiz den achten Platz in Europa. Die Zahl der Einbruchopfer ist von 5,1 Prozent (2000–2004) auf 7,1 Prozent (2006–2010) angestiegen. Die schweren Körperverletzungen nahmen von 7,2 auf 10 Prozent zu.

Der Drogenhandel setzt in der Schweiz nach Schätzungen bis zu einer halben Milliarde Franken pro Jahr um. Unsere Städte halten den traurigen Rekord mit dem grössten Drogenkonsum Europas. Die *FDP.Die Liberalen* kann und will diesen Verlust an Sicherheit nicht tatenlos hinnehmen.



Christine Frey, Präsidentin
FDP.Die Liberalen Baselland.

Polizei und Justiz stärken

Gemäss Bundespolizei ist die Zahl der Verletzungen durch «Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte» von 774 (2000) auf 2024 Fälle (2008) angestiegen. Die Schweiz zählt 16 000 Polizisten für rund acht Millionen Einwohner. Belgien verfügt über 38 000 Polizisten für elf Millionen Einwoh-

ner, die Stadt New York über 40 000 Polizisten bei einer Bevölkerung von sieben Millionen. Die Schweiz würde mindestens 700 Polizisten mehr benötigen, nur um die heutige Polizeidichte im Jahr 2020 aufrechterhalten zu können. Auch der Justizapparat (Gerichte, Gefängnisse usw.) ist bereits überfordert.



Die Schweiz hat im internationalen Vergleich eine sehr tiefe Dichte von Polizisten pro Einwohner – die FDP fordert daher mehr Mittel im Justizapparat.

ner, die Stadt New York über 40 000 Polizisten bei einer Bevölkerung von sieben Millionen. Die Schweiz würde mindestens 700 Polizisten mehr benötigen, nur um die heutige Polizeidichte im Jahr 2020 aufrechterhalten zu können. Auch der Justizapparat (Gerichte, Gefängnisse usw.) ist bereits überfordert.

Kantone gefordert

Heute werden Verbrecher oft kurz nach der Festnahme freigelassen. Warum? Für die Anordnung einer Untersuchungshaft braucht es eine mit Beweisen untermauerte Begründung des Tatverdachts. Eine Verlängerung der Haftfristen könnte dies ändern. Das Strafprozessrecht ermöglicht auch die vorzeitige Entlassung von Kleinkriminellen aus der Untersuchungshaft, weil keine beschleunigten Verfahren möglich sind. Urteil und Strafe werden oft erst Monate nach der Tat gefällt. Täter können untertauchen. Schliesslich muss aus Nordwestschweizer Sicht die organisierte Kriminalität ausländischer Banden erwähnt werden.

Sicherheitsprobleme sind eine Herausforderung für die Kantone wegen deren Polizeihöhe. Im Vernehmlass-

ungsverfahren der kantonalen Sicherheitsdirektion vom März 2012 betreffend Revision des Polizeigesetzes sowie Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen haben die Baselbieter Freisinnigen die neue Regelung der Zuständigkeiten und der Finanzierung des Polizeiwesens auf kantonaler und kommunaler Ebene ausdrücklich begrüsst. Hoheitliches Handeln soll grundsätzlich vom Staat ausgehen. Private sollen nur subsidiär zum Einsatz kommen.

Sicherheit bedeutet Lebensqualität

Unser Positionspapier vom 29. März 2010 sagt klar: «Wir wollen ein weiterhin sicheres Baselbiet.» Sicherheitspartnerschaften mit den Gemeinden sind die Bausteine dazu. Gewalt unter Jugendlichen darf keine akzeptierte Zeiterscheinung werden. Mehr sichtbare Polizeipräsenz muss wieder möglich sein. Bund, Kanton und Gemeinden, Eltern, Schule und Polizei, alle zusammen sind dafür verantwortlich, dass sich jedermann auf Bahnhöfen, in Schulen und auf öffentlichen Plätzen sicher bewegen kann. Denn Sicherheit bedeutet Lebensqualität, und die FDP will diese gewährleisten.

FDP.Die Liberalen Schweiz stellt in ihrem Positionspapier «Eine sichere Schweiz für alle» Forderungen in den Bereichen der Kleinkriminellen und Wiederholungstäter, dem Kampf gegen Drogen und allgemeinen Mängeln im Justizsystem auf. Mit zehn Forderungen und Massnahmen will die FDP die Schweiz wieder zu einem sicheren Land machen und den Bedenken der Bevölkerung begegnen. Den unsäglichen Zuständen bei Wiederholungstätern und Kleinkriminellen will die FDP mit beschleunigten und einfacheren Verfahren begegnen. Zudem soll die Definition von Wiederholungstätern verbessert werden.

Im Bereich der Drogenkriminalität

sieht die FDP eine Lösung in höheren und abschreckenden Strafen für Drogenhändler, und zwar unabhängig von der Menge der verkauften Ware. In diesem Bereich sind zwei Vorstösse von FDP-Parlamentariern im Rat hängig.

Auch im Justizsystem hat die FDP Mängel erkannt, deren Behebung zur Sicherheit unseres Landes beitragen werden. So fordert die FDP eine Erhöhung der Mittel für den gesamten Justizapparat, um der steigenden Kriminalität zu begegnen. Auch durch die Förderung einer engeren Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit zwischen Polizeikörpern, Kantonen, Bund sowie Nachbarländern kann die Sicherheit erhöht werden.

Einheitskasse

Ein teures Experiment

Eine staatliche Einheitskasse soll günstiger sein als das heutige Krankenkassensystem. Mit diesem absurden Argument wollen die Initianten unsere Stimmen gewinnen. Doch die Behauptung ist falsch: Eine neue Studie zeigt, dass bereits der aufwendige Systemwechsel hin zu einem Einheitskassenmodell enorme Kosten mit sich ziehen würde – den Verlust unseres bewährten Gesundheitssystems noch gar nicht miteinberechnet.

Die Schweiz hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Herr und Frau Schweizer sind gesünder als ihre europäischen Nachbarn, und ihre Lebenserwartung ist im OECD-Vergleich überdurchschnittlich hoch. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist in der Schweiz der Zugang zu qualitativ hochstehenden medizinischen Leistungen für alle ohne Wartezeiten gewährleistet.

Unter anderem aus diesen Gründen sind insbesondere die Patientinnen und Patienten mit unserem Gesundheitssystem mehr als zufrieden. Dennoch möchten Politiker aus links-grünen Kreisen dieses auf den Kopf stellen. Sie fordern eine Einheitskasse und damit die Verstaatlichung unseres Gesundheitswesens.

Ihr absurdes Vorhaben begründen die Initianten damit, dass mit einer Einheitskasse die Kosten und damit die Prämien reduziert würden. Solche Argumente sind verlockend, denn die Prämienlast ist ein grosses Sorgenkind der Schweizerinnen und Schweizer. Doch der Schein trügt!

Nur schon der Systemwechsel kostet Milliarden

Dass eine staatliche Monopolkasse die Kosten reduziert, ist falsch. Eine neuerliche Studie des Instituts für Gesundheitsökonomie an der ZHAW Winterthur zeigt, dass nur schon der Wechsel vom wettbewerblich organisierten Mehrkassensystem zu einer nationalen Einheitskrankenkasse mit erheblichen Kosten verbunden ist: Konkret ist mit Systemwechselkosten von rund 1,75 Milliarden Franken zu rechnen.

Zur Veranschaulichung: Jede versicherte Person würde

einen Systemkostenbeitrag von durchschnittlich 223 Franken bezahlen – also praktisch gleich viel wie der Durchschnitt der bezahlten OKP-Leistungen pro versicherte Person und Monat – und das über zehn Jahre!

Patienten sind die grössten Verlierer

Eine staatliche Einheitskasse bedeutet jedoch nicht nur erhebliche Systemwechselkosten, sondern auch den Verlust unseres bewährten, effizienten und schuldenfreien Gesundheits- und Krankenkassensystems. Dies wurde in der Kostenrechnung noch gar nicht miteinberechnet. Die grossen Verlierer? Die Patientinnen und Patienten!

Mit der Einführung einer Einheitskasse hätten diese keine Wahlfreiheit mehr zwischen verschiedenen Anbietern und Versicherungsmodellen, sondern wären der staatlichen Monopolkasse auf Geheiß und Ver-

derb ausgeliefert. Sie würden vom Kunden zum Bittsteller, müssten hohe Verwaltungskosten über Prämien- und Steuergelder finanzieren – und das alles für schlechtere Qualität und schlechteren Service.

Rasche Umsetzung des Risikoausgleichs ist zentral

Wollen wir unser bewährtes System wirklich riskieren und uns auf das teure und unberechenbare Experiment Einheitskasse einlassen? Eine schlechte Idee!

Unser Gesundheitssystem hat zwar einige Schwachpunkte. Darum braucht es wichtige Reformen, damit der Wettbewerb noch stärker im Interesse der Patienten spielt. Die Probleme der hohen Prämien und der Jagd nach guten Risiken sollen möglichst rasch mit einer Verfeinerung des Risikoausgleichs von den Räten gelöst werden, damit die Einheitskasse chancenlos bleibt!

Denn: Ein Rundumschlag mit dem Einheitskassen-Zweihänder verursacht weit mehr Probleme, als er löst.



Nur schon für den Systemwechsel muss jeder Beitragszahler tief in die Kasse greifen – ohne einen Mehrwert dafür zu bekommen.

Bilateraler Weg

Erneuerung des bilateralen Wegs statt Erosion

Der Bundesrat will den bilateralen Weg erneuern. Am 21. August verabschiedete er zu diesem Zweck den Entwurf für ein Verhandlungsmandat zu den institutionellen Fragen und schickte ihn in die Konsultation. Die Ausgangslage ist klar: Wenn wir den bilateralen Weg erneuern, können wir ihn für die nächsten 20 Jahre sichern. Wenn die Schweiz hingegen passiv bleibt und sich den institutionellen Fragen nicht stellt, wird der bilaterale Weg allmählich erodieren und zu einer Sackgasse.

Liebe Freisinnige

Es lohnt sich, für den bilateralen Weg zu kämpfen. Er sichert der Schweiz nämlich sowohl ihre Wohlfahrt als auch ihre Unabhängigkeit. In unserem Verhältnis zu Europa schien das gleichzeitige Festhalten an diesen beiden Verfassungszielen lange einer Quadratur des Kreises gleichzukommen. Mit dem bilateralen Weg ist diese Quadratur geglückt! Der Schweizer Souverän hat diesen Weg an der Urne immer wieder bestätigt. Und die *FDP*. *Die Liberalen* hat den bilateralen Weg stets an vorderster Front und konsequent verteidigt. Richtigerweise und zum Wohle des Landes.

Kein Vogel fliegt mit einem Flügel

Warum erneuern? Ein afrikanisches Sprichwort sagt: «Kein Vogel fliegt mit einem Flügel.» Das will heissen: Der bilaterale Weg ist nur tragfähig, wenn er den Anliegen beider Seiten Rechnung trägt – und eben nicht erodiert. Wenn wir die institutionellen Fragen klären, wird die Schweiz den Zugang zum Binnenmarkt erweitern können. Noch wichtiger ist, dass wir im Fall einer Erneuerung – und nur in diesem Fall – alle bestehenden Marktzugangsabkommen à jour halten können. Ohne eine Aktualisierung und Anpassung dieser Abkommen an neue Rechtentwicklungen in der EU droht eine wachsende Kluft zwischen den angewandten Regeln innerhalb der EU einerseits und zwischen der Schweiz und der EU andererseits. Der Marktzugang und die Rechtssicherheit für die Schweizer Wirtschaft würden in diesem Fall sukzessive abnehmen.



«Wir haben die Verantwortung, mit Weitsicht zu handeln und diese Chance zu packen», Bundesrat Didier Burkhalter in Genf.

Die EU ist und bleibt der wichtigste Partner der Schweiz. Das Handelsvolumen der Schweiz mit der deutschen Nachbarregion Baden-Württemberg entspricht in etwa jenem mit den USA, und es ist grösser als unser Handelsvolumen mit allen BRICS-Staaten zusammen. Das Handelsvolumen der Schweiz mit den italienischen Grenzregionen übertrifft unser Handelsvolumen mit China. Und das Handelsvolumen mit Tirol ist grösser als dasjenige mit Brasilien. Insgesamt ent-

fallen zwei Drittel des Aussenhandels der Schweiz auf die EU-Staaten (55 Prozent unserer Exporte, 75 Prozent unserer Importe). Deshalb sagt der Bundesrat: Erneuerung statt Erosion des bewährten bilateralen Wegs.

Die Bilateralen jetzt erneuern und langfristig tragfähig machen

Es ist der Schweiz dank einer konstruktiven Politik gelungen, die EU von einer Fortsetzung des bilateralen Wegs zu überzeugen – vorausgesetzt wir

einigen uns auf eine Lösung der institutionellen Fragen. Wir sollten das verbesserte Klima zwischen Brüssel und Bern jetzt nutzen, um diese Verhandlungen anzupacken. Dies umso mehr, als wir aus einer Position der Stärke heraus verhandeln können. Die Schweiz ist der zweitgrösste Investor und der viertgrösste Handelspartner der EU. Wirtschaftlich stehen wir vergleichsweise sehr gut dar. Die EU weiss, dass wir vom Verhandlungstisch aufstehen können, wenn die Anliegen der Schweiz nicht gebührend berücksichtigt werden. Deshalb können wir mit einem ausgewogenen Ergebnis rechnen.

Bei der vom Bundesrat gewählten Option bleibt die institutionelle Ordnung der Schweiz unberührt. Die Schweiz unterstellt sich keinem allgemeinen Überwachungsorgan und keinem supranationalen Gericht. Trotz einer neuen Auslegungskompetenz des EuGH bleibt die Streitschlichtung politisch. Das Referendumsrecht bleibt garantiert. Es wird keinerlei Automatismen bei der Übernahme des Rechts geben. Das Volk wird – wie immer – das letzte Wort haben können.

Der Bundesrat hat den Rahmen des Verhandlungsmandats klar abgesteckt und rote Linien definiert. Vor uns liegt eine grosse Chance, den bilateralen Weg langfristig zu sichern. Es ist unsere Verantwortung, hier mit Weitsicht zu handeln und diese Chance zu packen – für uns, aber noch viel mehr für die künftige Generation.

**Ihr Bundesrat
Didier Burkhalter**



Erhöhung Vignettenpreise

Für den Zusammenhalt der Schweiz

Der Bundesrat und eine Mehrheit von National- und Ständerat wollen die Autobahnvignette ab 2015 von heute 40 Franken auf 100 Franken verteuern. Auch die FDP lehnt das Referendum, das von über 105 000 Stimmberechtigten unterstützt wurde, ab.

Zusätzliche Gebühren für Autofahrer können aus Sicht der FDP gerechtfertigt werden, wenn die Qualität und das Angebot für den privaten Fahrzeugverkehr verbessert wird. Doch an diesem Punkt scheiden sich die Geister. Von den heutigen Einnahmen durch Gebühren und Abgaben des Privatverkehrs werden nach Angaben des Referendumskomitees 70 Prozent zweckentfremdet. Es gibt laut ihnen keinen Mangel an finanziellen Mitteln für den Strassenunterhalt und dementsprechend fragwürdig kann die Vignettenhöhung beurteilt werden.

Zusätzlich entstünden für Unternehmen mit einem grossen Autobestand massive Folgekosten, vor allem für Betriebe im Aussendienst, Gewerbe und Versicherungen, welche auf das Auto angewiesen sind. Die entstehenden Mehrkosten würden auf den Konsumenten abgewälzt werden, wodurch jeder Bürger betroffen ist.

Altes Gesetz basiert auf 1960

Für die FDP hingegen rechtfertigt die stark gestiegene Beanspruchung der Infrastruktur unserer Nationalstrassen die Erhöhung. Das heutige Nationalstrassenabgabegesetz basiert auf der Grundlage von 1960. Seither hat sich die Besiedlung der Schweiz stark verändert. Die höhere Verkehrsnachfrage der letzten Jahre verlangt nach höheren Kapazitäten und Anpassungen an die neuen Gegebenheiten. Ein Ausbau des Strassennetzes sowie Renovierungen bestehender Nationalstrassen beanspruchen weitaus höhere Kosten als die aktuellen Einnahmen decken könnten. Für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz ist es zwingend, über die beste Infrastruktur zu verfügen.

387 Kilometer werden zu Nationalstrassen

Mit der Erhöhung der Vignettenpreise

können unter anderem 19 Kantonsstrassenabschnitte mit einer Länge von total 387 Kilometern ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden. Durch diese Übernahme werden die Strassen deutlich aufgewertet, der Verkehr kann durch entsprechende Anpassungen flüssiger und sicherer werden.

Beispielsweise könnte der Veloverkehr durch eigene Anlagen vom Autoverkehr getrennt werden. Weiter führen Engpassbeseitigungen auf Autobahnen zu weniger Staus und damit weniger Auffahrunfällen, Umfahrungsstrassen befreien Städte und Dörfer von Verkehr und reduzieren ebenfalls das Risiko von Unfällen.

Die in der Vignettenvorlage enthaltenen Neubauprojekte werden den Verkehr bemerkbar flüssiger machen, wofür es aber eine solide Strassenfinanzierung braucht.

Für eine solide Strassenfinanzierung

Angesichts der starken Zunahme des Strassenverkehrs haben die Kantone zusehends Mühe, die nötigen Ausbauten auf national wichtigen Strassenverbindungen zu finanzieren. Die Fahrleistung auf den Nationalstrassen hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Im krassen Gegensatz dazu ist der Preis für die Vignette

seit 1995 konstant, die Mineralölsteuer wurde 1993 letztmals angepasst – und der Mineralölsteuerzuschlag ist seit 1974 unverändert. Im Vergleich zum Ausland ist die Benutzung der Strasse in der Schweiz nach wie vor günstig. Die Mehreinnahmen aus der Vignette kommen ausschliesslich dem Strassenverkehr zugute (keine Quersubventionierung des ÖV). Da die Fahrzeuge immer weniger Benzin brauchen, bricht dem Bund die wichtigste Finanzierungsquelle Mineralölsteuer mehr und mehr weg. Die Beschaffung der Mehreinnahmen über die Vignette ist einfach und unbürokratisch.



Weniger Stau dank neuen Strecken – mit der Erhöhung des Vignettenpreises ist dies möglich.



Junge gegen 1:12-Initiative

Gefährliches Fussballspiel

Schon der Titel der Initiative lässt sich wie das Resultat eines Fussballspieles interpretieren. Da verliert doch eine Mannschaft mit 1 zu 12 Toren. Noch peinlicher ist, dass die anderen 12 Treffer fatale Eigentore sind.

Elias Maier,
Internation Officer JFS

Das einzig sehenswerte Goal, das da geschossen wurde, ist die lebendige Auseinandersetzung und Diskussion über den Wert der Arbeit. Auch uns Jungfreisinnige stört es, dass Manager Gehälter in zweistelligen Millionenbeträgen beziehen und dies in einer Zeit, in der einfache Arbeiter oder Arbeiterinnen ihre Stelle verlieren und die Banken vom Staat gerettet werden.

Gefährliche Eigentore

Doch auf das vermeintlich schöne Goal folgen dann 12 unheilvolle Treffer ins eigene Gehäuse. Hier der Spielverlauf:

1. Eigentor: Die Initiative bringt eine klassische «Lose-lose-Situation», bei der es nur Verlierer gibt. Die Initiative bringt weder uns Jungen, noch der Arbeiterin und dem Arbeiter substantielle Verbesserungen.

2. Eigentor: Bei der Annahme der Initiative müssten massive Ausfälle bei Steuern und bei der AHV kompensiert werden.

3. Eigentor: Wir Jungen könnten unsere ohnehin schon unsicheren AHV-Renten erst recht vergessen. Die Initiative ist eine Gefahr für die Generationengerechtigkeit.

4. Eigentor: Vor allem der Mittelstand und die KMU müssten mit höheren Steuern und Abgaben rechnen.

5. Eigentor: Statt Bildung, Forschung und Wettbewerb im Land zu fördern, würden Regeln und Verbote erlassen.

6. Eigentor: Die Bürokratie würde zunehmen. Alle Unternehmen – auch die KMU – müssten überwacht werden, um die unsinnige 1:12-Regel einzuhalten.

7. Eigentor: Der Wirtschaftsstandort Schweiz würde im globalen Wettbewerb unattraktiver. Neben der Minder-Initiative und der 1:12-Initiative drohen schon weitere Gefahren: Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen. Weitere Eigentore sind hier schon programmiert!

8. Eigentor. Die tiefe Arbeitslosigkeit von 3 Prozent (Jugendarbeitslosigkeit (3,4 Prozent)) wird gefährdet. Wir



«Keine Eigentore zu Lasten von uns Jungen», Elias Maier stellt sich zusammen mit den Jungfreisinnigen klar gegen die 1:12-Initiative.

brauchen keine Ideologie auf Kosten von wichtigen Arbeitsplätzen.

9. Eigentor: Die Lohnspanne 1:12 ist eine absurde Rechnerei. Welche Lohnteile würden dann wirklich zählen? Auch die Juso müsste sich dazu

Gedanken machen. Die meisten ihrer Mitglieder machen die Arbeit, wie die Jungfreisinnigen, freiwillig und unentgeltlich. Nur der Juso-Präsident David Roth wird mit 24 000 Franken pro Jahr entschädigt.

Eigentor 10: Die Initiative nagt an unserem Erfolg.

Eigentor 11: Die Initiative saugt an unseren Reserven.

Eigentor 12: Die Initiative verdirbt uns die Zukunft!

Starke Mannschaft zur Verteidigung

Noch hat dieses «Fussballspiel» mit seinem beschämenden Resultat nicht begonnen. Es gilt nun, den Anpfiff zu vermeiden! Wir Jungfreisinnige haben dazu eine starke Aufstellung organisiert.

Unter dem Kampagnenleiter Matteo Baschera haben die Jungfreisinnigen den Lead über insgesamt sechs verschiedene Jungparteien (JCVP, JBDP, JSVP, JGLP, JEVP) organisiert. Zahlreiche Jungfreisinnige aus allen Landesteilen treten an Podien auf, schreiben Lesebriefe und organisieren Standaktionen. Die Jungfreisinnigen St.Gallen haben gar einen Trauermarsch durchgeführt und symbolisch das «Erfolgsmodell Schweiz» zu Grabe getragen.

Ein klares Nein

Es braucht nun jede Unterstützung, um dieses peinliche Spiel zu vermeiden. Wenn es schon Tore zu schiessen gilt, dann aber auf die richtige Seite! Legen Sie am 24. November ein überzeugtes NEIN zur 1:12-Initiative in die Urne.



Volksinitiative der Juso

1:12 verliert die Schweiz

1:12 – auf den ersten Blick liest sich diese Forderung wie das Ergebnis eines miserablen Fussballmatchs.

Ruedi Noser, NR, Zürich

Doch es ist die Schweizer Wirtschaft, die haushoch verliert, und nicht die Schweizer Nationalmannschaft. Das Tor, das die Befürworter der 1:12-Initiative schießen, ist die Einführung eines in ihren Augen «gerechten» Lohnsystems à la Karl Marx.

Die zwölf Gegentreffer, die die Schweiz dafür erhält, sind ein staatliches Lohndiktat, allgemein tiefere Löhne, empfindliche Steuerausfälle bei Bund, Kantonen und Gemeinden, fehlende Beiträge bei den Sozialversicherungen und höhere Steuern. Kurzum: Es gäbe weniger für alle!

Erfolgreiche Wirtschaft

Die Schweizer Wirtschaft ist sehr erfolgreich. In diesem Herbst haben alle Schulabgänger eine Lehrstelle gefunden, es blieben gar Ausbildungsplätze frei. Die Arbeitslosigkeit liegt bei sehr tiefen 3 Prozent.

Wer seine Ausbildung abgeschlossen hat, findet im Anschluss den Einstieg in die Arbeitswelt, und wer will, kann auch Karriere machen.

Die Schweizer Wirtschaft kann von sich selbstbewusst behaupten, dass sie der Schweiz dient. Der Bevölkerung bringt sie viel Wohlstand, und dem Staat garantiert sie sichere Steuereinnahmen. Jahr für Jahr.

Liberaler Widerstand ist nötig

Nur wegen ein paar überzogenen Lohnzahlungen müssen wir gegen unsere erfolgreiche Wirtschaft deshalb nicht gleich einen «Saubannerzug» veranstalten. Die 1:12-Initiative verlangt nach einem liberalen Widerstand!

Von der Initiative wären weit mehr Firmen betroffen als nur jene fünf, die in den Medien immer wieder genannt werden und in der Vergangenheit bei den Spitzenlöhnen übertrieben haben. Auch Swatch, Implenia, Swisscom,



«Wir müssen uns gegen ein sozialistisches Lohndiktat wehren, denn es hätte Einfluss auf alle Lohnstufen»: Ruedi Noser kämpft gegen die 1:12-Initiative.

Valora und gar die Post – ein reiner Staatsbetrieb – wären betroffen.

Denn bereits ab 400 000 Franken Jahreseinkommen würde es eng mit der 1:12-Regelung. Denn zum Lohn zählen die Initianten nicht nur, was ausbezahlt wird, sondern sämtliche Zuwendungen, die mit einer Erwerbstätigkeit entrichtet werden. Das heisst auch den Business-Class-Flug, den Firmenwagen, die Beletage ganz allgemein. Da befänden sich selbst unsere Bundesräte in der «Gefahrenzone».

Einfluss auf alle Lohnstufen

Das sozialistische Lohndiktat hätte aber auch Folgen für jede und jeden von uns. Warum? Weil der Chef zwar 12-mal mehr verdienen darf als die Putzfrau, aber damit der Entwick-

lungsleiter auch zweimal weniger verdienen muss als der Chef.

In jedem Unternehmen finden sich verschiedene Lohnstufen. Diese stehen in einem bestimmten Verhältnis zueinander. Werden die obersten Löhne gesenkt, müssten auch die darunterliegenden Lohnstufen entsprechend angepasst werden. Und wenn der Entwicklungsleiter bei ABB weniger verdient, wie lange wird dann ein KMU seinem Entwicklungsleiter in vergleichbarer Position den höheren Lohn zahlen?

Die Verlierer sind wir

Vom liberalsten Wirtschaftsraum in Europa, auf dem unser ganzer Wohlstand, aber auch unsere Umverteilung und Sozialpartnerschaft aufbaut, wür-

de uns die 1-zu-12-Initiative auf einen Schlag zum grossen Verlierer machen.

Die Wirtschaft ist nicht einfach ein undefinierbares, profitorientiertes Etwas da draussen. Die Wirtschaft sind wir, die Unternehmer, die Aktionäre, die Mitarbeitenden. Nur wir können das Wirtschaftssystem ändern, und zwar von innen heraus. Mit absurden Regeln aber töten wir unsere soziale Marktwirtschaft ab, anstatt ihr die Freiheit zu geben, erfolgreich zu sein.

Stehen wir am 24. November gemeinsam für ein sozial verantwortliches, innovatives und freiheitliches Wirtschaftssystem ein. Das Erfolgsmodell Schweiz ist zu wertvoll, um sozialistischen Wunschträumen geopfert zu werden!



SVP-Familieninitiative

Die SVP setzt liberalen Werten ein jähes Ende

Die Familieninitiative trägt einen schönen Namen. Doch der Schein trügt: Die SVP will mit ihrem Begehren mit unserer liberalen Familienpolitik brechen. Steuerausfälle in Milliardenhöhe und eine Vielzahl an fehlenden Fachkräften wären die Folgen.

Peter Schilliger,
Nationalrat LU

«In vielen Familien geht die Frau arbeiten, nur weil es Mode ist.» Mit dieser Behauptung hat Politikergattin Silvia Blocher in einfachen Worten ausgedrückt, was die SVP mit ihrer Familieninitiative erreichen will: die staatlich verordnete Rückkehr zum traditionellen Familienmodell, in dem der Vater zur Arbeit geht und die Mutter zu Hause bei den Kindern bleibt. Die Initiative möchte Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, ein Steuergeschenk machen: Sie sollen den gleichen Steuerabzug geltend machen können wie Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, um ihr Einkommen aufzubessern. Die FDP lehnt die Initiative entschieden ab – und das aus verschiedenen Gründen.

Gleiche Chance für Mütter und Väter

In der Schweiz gibt es unterschiedliche Familienmodelle – und jeder sollte das seine möglichst frei gestalten können: Mütter und Väter sollen beide die Chance haben, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Dafür setzt sich die FDP seit Jahren ein.

Die SVP hingegen will diesen liberalen Werten ein jähes Ende setzen. Denn: Mit der Familieninitiative würden diejenigen Eltern zu Unrecht bestraft, welche beide erwerbstätig sind.

Steuerabzug setzt Ausgaben voraus

Die Familieninitiative stellt ausserdem unser bewährtes Steuersystem in Frage:

In der Schweiz basiert das Prinzip der Besteuerung auf wirtschaftlicher Leistungsfähig-

keit. Ein Steuerabzug ist demzufolge nur dann möglich, wenn ein entsprechender Lohn erarbeitet wird und für die Erwerbstätigkeit gewisse Ausgaben – zum Beispiel für die Kinderbetreuung – anfallen.

Die SVP-Initiative bricht mit diesem wichtigen Grundsatz unseres Steuerrechts. Denn wer seine Kinder selbst betreut, hat keine externen Kosten für die Betreuung während der beruflichen Abwesenheit. Warum soll man also einen Anspruch auf Steuerabzüge haben? Das wäre ja genauso, wie wenn ich bei meiner Steuererklärung ein GA abziehen könnte, obwohl der Arbeitsort neben dem Wohnort liegt.

Frauen würden der Wirtschaft fehlen

Einverdiener-Paare würden durch Steuerabzüge für die eigene Kinderbetreuung staatlich subventioniert. Das Ganze würde die Schweiz gemäss Schätzungen der Steuerverwaltung rund 1,4 Milliarden Franken kosten. Gleichzeitig würden Steuerausfälle beim Bund von rund 390 Millionen Franken und bei den Kantonen von bis zu einer Milliarde Franken entstehen.

Die hohen Staatsausgaben und Steuerausfälle sind das eine. Viel einschneidender wären die schädlichen Folgen für die Volkswirtschaft. Denn: Unsere Wirtschaft braucht arbeitende Mütter, die ihr Wissen und ihre Er-

fahrung weiterhin in den Arbeitsprozess einbringen und so einen zusätzlichen Wachstumsbeitrag leisten.

Genau aus diesem Grund wurde 2011 der Fremdbetreuungsabzug eingeführt: Damit Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, steuerlich nicht mehr schlechter gestellt werden gegenüber Familien, die ihre Kinder selber betreuen. Die FDP setzt sich sogar für die Erhöhung des noch immer zu tief veranschlagten steuerlichen Abzugs für die Fremdbetreuung ein. Denn Arbeit soll sich wieder lohnen! Dass das heutige Modell erfolgreich ist, beweist die international sehr hohe Quote von beinahe 80 Prozent erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren.

Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften

Mit der Familieninitiative setzt die SVP dagegen falsche Anreize: Viele Frauen, unabhängig davon, ob sie gut ausgebildet sind oder nicht, würden sich aus steuertechnischen Gründen gegen die Erwerbstätigkeit entscheiden. Der Wirtschaft würden damit unzählige dringend gebrauchte Fachkräfte fehlen.

Die SVP handelt ausgesprochen widersprüchlich, wenn ausgerechnet sie, die seit Jahren gegen die Zuwanderung kämpft, mit einer solchen Initiative daherkommt. Der Fachkräftemangel durch Ausfallen von erwerbstätigen Müttern müsste nämlich mit zusätzlichen Arbeitskräften aus dem Ausland kompensiert werden.

Die Familieninitiative trägt zwar einen verlockend schönen Titel. Doch der Schaden, den sie bewirken würde, wäre hoch. Darum: Nein zur SVP-Initiative, die ein einzelnes Familienmodell bevorzugen will.

«Unsere Wirtschaft braucht arbeitende Mütter, die ihr Wissen und ihre Erfahrung in den Arbeitsprozess einbringen und so einen Wachstumsbeitrag leisten»: Peter Schilliger, Nationalrat aus Luzern, setzt sich gegen die Familieninitiative der SVP ein.





SVP-Familieninitiative

Wenn sich arbeiten nicht mehr lohnt

Ob es sich für eine Familie lohnt, dass beide Eltern arbeiten, hängt auch von der Höhe der möglichen Abzüge ab. Die SVP-Familieninitiative setzt hier falsche Anreize und wird dafür sorgen, dass weniger Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen werden.

Der Bund hat errechnet, dass die Einführung eines «gleich hohen Steuerabzugs für Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, wie für Eltern, die erwerbstätig sind», wie es die SVP-Familieninitiative fordert, zu Ausfällen in der Bundeskasse von 390 Millionen Franken führen würde. Die Kantone würde es noch schlimmer treffen.

Der Kanton Bern, grösster Nehmerkanton aus dem Finanzausgleichstopf, müsste beispielsweise auf 61 Millionen verzichten. Gerade die SVP, die stets mit Sparprogrammen die Finanzen in den Griff bekommen will, fordert hier eine Subvention. Zur Kompensation müssten die Steuern entsprechend erhöht oder andere Leistungen gesenkt werden.

Leistung muss sich lohnen

Die fiskalpolitische Belastung ist das eine. Auf der anderen Seite steht allerdings etwas viel Absurderes im Raum, das es zu vermeiden gilt.

Ein Rechenbeispiel aus der Stadt Zürich: In einer Familie mit zwei Kindern im Vorschulalter sind beide Elternteile erwerbstätig. Der Vater arbeitet 100 Prozent und verdient 8000 Franken, die Mutter arbeitet ebenfalls 100 Prozent und verdient 4000 Franken. Die Familie muss sich nun überlegen, ob sich die doppelte Erwerbstätigkeit überhaupt lohnt.

Eine von INFRAS veröffentlichte Studie aus dem Jahr 2012 zeigt auf, dass unter Betrachtung der bezahlten Fremdbetreuung, sprich der Kosten für die Kinderkrippe und der erhöhten Steuerausgaben aufgrund der Progression, die Familie Ende Jahr mehr Geld im Portemonnaie hätte, wenn die Frau nur zu 60 Prozent arbeiten würde.

Geht man von einer mittleren bis wohlhabenden Familie aus, wo bei voller Erwerbstätigkeit der Vater 12 000 Franken verdient und die Mutter 6000, so wäre sogar ein 40-Pro-

NEIN
zur 1,4 Milliarden-Familien-Initiative der SVP.

Das wäre wie ein Schuldzinsabzug ohne Schulden – bireweich.

Liberales Komitee gegen die SVP-Familieninitiative

Komitee «Nein zur SVP-Familieninitiative» - Position FDP, 2012 Bern

zent-Pensum für die Mutter das Lukrativste.

Erwerbstätigkeit lohnt sich nicht

Verschiedene Studien zeigen es klar auf: Die Erwerbstätigkeit lohnt sich ab einem gewissen Pensum nicht! Ein zusätzlicher Abzug oder die Streichung des Fremdbetreuungsabzugs ist nur bei geringen Pensen des Zweitverdieners interessant. Ab einem zusätzlichen Pensum von über 40 Prozent hat

die Familie Ende Jahr weniger Geld zur Verfügung als jetzt.

Ein negativer Steueranreiz ist aus mehreren Gründen schlecht. Erwerbstätige Schweizerinnen und Schweizer sind es, die unsere Sozialwerke finanzieren. Zudem investieren wir viel Geld in unser Bildungssystem. Es ist absurd, die gut Ausgebildeten, meist Frauen, vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Ausserdem ist die Wirtschaft auf diese Fachkräfte angewiesen. Fehlen

diese, müssen die Unternehmen ihr Personal im Ausland rekrutieren, was zu mehr Einwanderung führt.

Schaden für alle

Die SVP-Familieninitiative schadet Bund, Kanton und Gemeinden. Sie schafft eine Ungerechtigkeit zwischen den verschiedenen Familienmodellen, was sie zu korrigieren vorgibt. Es gibt bessere Instrumente für eine zukunftsgerichtete Familienpolitik. So fordert die FDP. Die Liberalen, dass die Obergrenze des Fremdbetreuungsabzugs weiter erhöht, der Ausbau von Krippen und Tagesschulen gefördert wird und die Arbeitszeiten flexibler gestaltet werden.

Ihre Forderungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat die FDP 2012 in einem Positionspapier klar aufgezeigt. Darin wird aufgezeigt, wie wichtig und notwendig familienfreundliche Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft sind.

Darum fordert die FDP unter anderem

- › Abbau von absurder Krippenbürokratie
- › Einführung der Individualbesteuerung
- › Schaffung der rechtlichen Grundlage für den Aufbau von Tagesstrukturen in den öffentlichen Schulen durch die Kantone

Nur mit den richtigen Rahmenbedingungen wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich lebbar. Die weltfremde Initiative der SVP hingegen boykottiert diese Bemühungen.

Das Positionspapier zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden Sie auf unserer Homepage bei den Positionen beim Thema Familien- und Gesellschaftspolitik. http://www.fdp.ch/images/stories/Dokumente/Positionspapiere/20120518_PP_DVFamilie-undBeruf_d.pdf

Finanzierung Strassenverkehr

Für eine faire Verkehrsfinanzierung – Milchkuh-Initiative jetzt unterzeichnen!

Die Autofahrer sind die Milchkuhe der Nation. Sie müssen immer mehr Steuern und Abgaben bezahlen – und stehen trotzdem im Stau. Die Ursache dafür liegt auf der Hand: Die Strassengelder werden für andere Projekte zweckentfremdet. Die «Milchkuh-Initiative» will diese Entwicklung stoppen und gleichzeitig die Rechte der Autofahrer stärken.

Alain Illi, Vizepräsident Jungfreisinnige Schweiz und Komiteemitglied der «Milchkuh-Initiative»



Alain Illi setzt sich zusammen mit den Jungfreisinnigen für die Milchkuh-Initiative ein.

Seit den Sechzigerjahren haben sich die Abgaben für die Autofahrer mehr als versechsfacht. Heute liefern die Strassenbenützer jährlich rund 9,5 Milliarden Franken beim Bund ab. Trotzdem stehen sie im Stau. Der Grund ist einfach: Das Geld wird zu einem grossen Teil zweckentfremdet. Ein beachtlicher Teil versickert in der Bundeskasse.

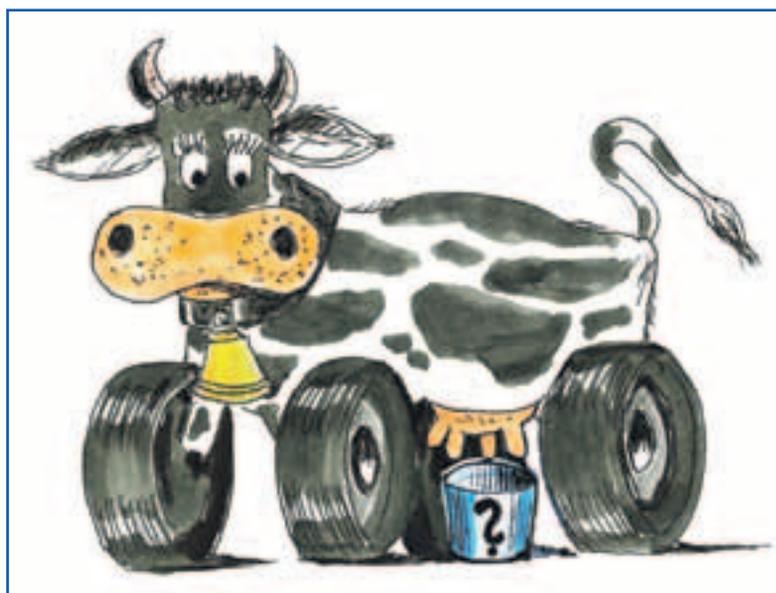
Das trifft nebst den Unternehmen, die weniger investieren können, auch die Bürger: Vier von fünf Haushalten verfügen über ein Fahrzeug und sind somit von jeder Kostenerhöhung direkt betroffen.

Demokratische Rechte stärken

Die Politiker haben die Zahlungsbeurteilung der Autofahrer lange ausgenutzt. Strassenabgaben wurden stetig erhöht: Klimarappen, Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer, Motorfahrzeugsteuer. Die Preisentwicklung

zeigt konsequent nach oben. Ein aktuelles Beispiel ist die Verteuerung der Autobahnvignette auf 100 Franken ab 2015, wogegen das Referendum ergriffen wurde.

Das wirksamste Mittel gegen über-rissene Abgaben und Steuern sind direktdemokratische Mitspracherechte. Wo der Souverän eingreifen kann, verhalten sich Politiker zurückhalten-



Es gibt viel Geld zu verteilen. Die Milchkuh-Initiative will die Gelder zweckgebunden ausgeben.

der und hinterfragen die Notwendigkeit von Steuererhöhungen kritischer. Darum sieht die Initiative als eine zentrale Forderung die Stärkung der Volksrechte vor: Künftig werden alle neuen Steuern, Gebühren und Abgaben im Individualverkehr dem fakultativen Referendum unterstellt. Die Milchkuhe können somit jederzeit «Muh» oder «Buh» sagen, wenn die Politiker wieder zum Melken ansetzen.

Zweckbindung der Einnahmen durch Verursacherprinzip

Das zweite Anliegen der Initiative betrifft die Zweckbindung der Einnahmen aus dem Strassenverkehr. Die Initiative verpflichtet den Bund, die Einnahmen aus der Mineralölsteuer in Zukunft vollumfänglich für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einzusetzen. Damit können die Auto-

fahrer nicht mehr für Projekte zur Kasse gebeten werden, die keinen Bezug zum Verkehr haben. Undurchsichtige Quersubventionen werden damit unterbunden und das Verursacherprinzip wiederhergestellt.

Jungfreisinnige unterstützen die Initiative

Die Initiative war eines der wichtigsten Traktanden des diesjährigen Kongresses der Jungfreisinnigen Schweiz. Nach ausführlicher Diskussion hat sich die Basis für die Unterstützung der «Milchkuh-Initiative» ausgesprochen. Damit waren die Jungfreisinnigen die erste Partei, die das Volksbegehren «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» offiziell unterstützte. Die Jungfreisinnigen Schweiz laden Sie ein, die Volksinitiative mit dem beigelegten Unterschriftenbogen ebenfalls zu unterstützen.



Die Einnahmen aus den verschiedenen Abgaben sollen vollumfänglich für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur verwendet werden.

«Milchkuh-Initiative»

Unterschiedliche Meinungen – gleiches Ziel

Während die Jungfreisinnigen beschlossen haben, die Milchkuh-Initiative zu unterstützen, spricht sich die *FDP.Die Liberalen Schweiz* gegen die Initiative aus. Denn die Initiative geht der FDP in mehreren Punkten zu weit.

Milchkühe – als solche bezeichnen die Initianten die Strassenbenützer, da diese von immer mehr Abgaben, Steuern und Gebühren belastet werden. Auch die FDP spricht sich gegen immer neue Belastungen für den Strassenverkehr aus. Doch die Forderungen der Initiative gehen in mehreren Bereichen zu weit und schiessen schlussendlich am Ziel vorbei.

Deshalb ist die FDP.Die Liberalen dagegen

Die FDP erkennt die Problematik der Zweckentfremdung der Einnahmen aus dem Strassenverkehr. In ihrem Positionspapier «Verkehr und Infrastruktur» bietet sie deswegen einer weiteren Entfernung vom Verursacherprinzip Einhalt. Transparentere Finanzierungen und bessere Kosten-Nutzen-Analysen vor der Realisation neuer Infrastrukturprojekte sind gefordert. Die Einnahmen aus Steuern, Abgaben und Gebühren des Strassenverkehrs sollen primär dort eingesetzt werden, wo sie eingefordert werden, nämlich auf der Strasse.

Möglichst wenige Querfinanzierungen

Das Positionspapier der FDP zum Thema Infrastruktur hält die Forderungen der FDP in dieser Thematik klar fest. Quersubventionierungen sind zu beschränken, und das Verursacherprinzip sowie die Kostenwahrheit sind klar zu berücksichtigen. Jedoch sind auch Einsparungen und Beschränkungen bei Ausgaben nötig, um den von der FDP geforderten Ausbau der Infrastruktur zu ermöglichen.

Um gerade im Bereich des öffentlichen Verkehrs die Finanzierung sicherzustellen, fordert die FDP die Schaffung eines zeitlich begrenzten Bahninfrastrukturfonds (BIF). Der BIF soll, wie der FinÖV-Fonds, durch Anteile von LSVA, Mineralöl- und

Mehrwertsteuer sowie Bundesmittel, welche bisher für die Eisenbahninfrastruktur von SBB und Privatbahnen zur Verfügung standen, alimentiert werden. Die Nutzer sollen mit höheren Trassenpreisen und tieferen Pendlerabzügen bei den Steuern stärker beteiligt werden.

Demokratisches Mitspracherecht

Das Ziel einer vermehrten demokratischen Mitsprache, welches die Initianten anstreben, ist zwar lobenswert und wird auch von der FDP erwünscht. In diesem Falle würde es jedoch zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand führen und die politischen Prozesse allgemein verkomplizieren. Der

FDP ist am Ausbau der demokratischen Rechte ganz allgemein gelegen, nicht an der Ausweitung der Rechte nur auf einem bestimmten Teilgebiet.

Die Jungfreisinnigen unterstützen die Initiative

Die Partei der Jungfreisinnigen Schweiz unterstützt die «Milchkuh-Initiative», da sie die Auswirkungen dieser Gesetzesänderung als verkraftbar einschätzt. Besonders das erhöhte Mitspracherecht gab an der Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen in Sankt Gallen den Ausschlag zu Unterstützung der Initiative.

Die Mutterpartei anerkennt die abweichende Meinung der Jungfreisinnigen.

Die Jungfreisinnigen sind unabhängig und frei in ihren politischen Entscheidungen. Dies ist zu akzeptieren. Bei der «Milchkuh-Initiative» werden die Jungfreisinnigen keinen Support der *FDP.Die Liberalen* erhalten, da die Vorlage den Grundprinzipien der Mutterpartei widerspricht. Allgemein pflegt die Mutterpartei ein sehr gutes Verhältnis zu ihrer Jungpartei. Bei übereinstimmenden Meinungen und Parolen ist die Zusammenarbeit sehr eng und ein gemeinsames Auftreten im Wahlkampf selbstverständlich. In dieser Frage vertreten die beiden Parteien aber verschiedene Ansichten und vertreten diese auch nach aussen.



Wenn es nach der Milchkuh-Initiative geht, fliesst das Geld, das aus der Strasse kommt, auch wieder ausschliesslich dahin zurück.

NEIN zum Lohndiktat vom Staat.

NEIN zur schädlichen Juso-Initiative

Die Festsetzung der Löhne ist Sache der Unternehmer und ihrer Angestellten und nicht Aufgabe des Staates. Doch mit der 1:12-Initiative soll der Staat die Löhne diktieren.

NEIN zu höheren Steuern und AHV-Beiträgen

1:12 führt zu Ausfällen bei Steuern und AHV von bis zu 4 Milliarden Franken pro Jahr. Die Folge: Wir alle müssten mehr bezahlen!

Damit nicht genug. 1:12 heisst mehr **Bürokratie, Auslagerung von Arbeitsplätzen** und mehr **Arbeitslosigkeit**.

**Verhindern Sie ein Eigengoal!
Mit Ihrem NEIN zur 1:12-Initiative
der Jungsozialisten.**

www.1-12-nein.ch

**NEIN
ZU 1:12**

+ FÜR EINE STARKE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT.